

- ▶ [Startseite](#)
- ▶ [Nachrichten](#)
- ▶ [Politik](#)
- ▶ [Wirtschaft](#)
- ▶ [Kultur](#)
- ▶ [Wissen](#)
- ▶ [Panorama](#)
- ▶ [Computer](#)
- ▶ [Service](#)
- ▶ [Sport](#)
- ▶ [Wetter](#)
- ▶ [Verkehrslage](#)
- ▶ [WDR Regional](#)
- ▶ [Impressum](#)
- ▶ [Kontakt](#)

Aktuell bei wdr.de

- ▶ ["Die Konjunktur läuft nicht mehr rund"](#)
- ▶ [Der etwas andere EM-Ticker](#)
- ▶ [Löw von Spanien beeindruckt](#)
- ▶ [Wandern mit Kindern](#)
- ▶ [Bill Gates verlässt Microsoft](#)

- ▶ [Multimedia](#)
- ▶ [Videotext](#)
- ▶ [Lernzeit](#)
- ▶ [Planet Wissen](#)
- ▶ [Fotoalbum](#)
- ▶ [Newsletter & RSS](#)
- ▶ [Quiz & Spiele](#)
- ▶ [Webcams](#)
- ▶ [WDR Shop](#)

Wichtiger Hinweis:

Sie sehen eine Archivseite von WDR.de. Diese Informationen sind möglicherweise nicht mehr aktuell und geben den Stand des Veröffentlichungstages wieder. Aktuelle Informationen finden Sie stets auf unserer [Homepage](#).



▶ [POLITIK](#) ▶ [SCHULE](#) ▶ [ZUKUNFT](#) ▶ [STUDIEN](#)

▶ [ÜBERSICHT](#) ▶ [VIDEO/AUDIO](#) ▶ [FORUM](#) ▶ [GLOSSAR](#)

Stand vom 15.12.2005

"Lindenstraße"-Darsteller klagt gegen NRW**Zu wenig Lehrer an integrativen Ganztagschulen?**

Von Dominik Reinle

In der "Lindenstraße" spielt er Martin Ziegler - tatsächlich heißt er Jan Grünig. Wegen seines Down-Syndroms geht er in eine integrative Schule. Weil dort Stellen fehlen, wird er nur ungenügend unterrichtet - sagen seine Eltern und haben am Donnerstag (15.12.05) Klage eingereicht.

Seit über 20 Jahren lernen an der städtischen Peter-Petersen-Schule (PPS) in Köln-Höhenhaus geistig und körperbehinderte Kinder zusammen mit nicht behinderten Schülern. Die PPS ist eine so genannte integrative Grundschule. Seit August 2005 geht auch der Erstklässler Jan Grünig an diese Schule. Er verkörpert in der ARD-Serie "Lindenstraße" seit sechs Jahren den geistig behinderten Martin - von seiner Fernsehfamilie Beimer/Ziegler "Mürfel" genannt. Jan hat das Down-Syndrom, auch als Trisomie 21 bekannt. Das heißt, bei ihm kommt das 21. Chromosom dreimal statt zweimal vor.



Ein Gen mehr: Jan Grünig

Für Jans Vater ist das Konzept der PPS vorbildlich: "An dieser Ganztagschule ist Integration gelebter Alltag und deshalb selbstverständlich", sagt Frank Grünig. Er kritisiert aber gleichzeitig, dass seit dem Schuljahr 2005/2006 die Förderung der behinderten Kinder nur unzureichend erfolgen könne. Grund sei die Kürzung von Sonderpädagogen-Stellen durch das Schulministerium. PPS-Schulleiter Walter Heilmann bestätigt, dass ihm für die behinderten Schüler 2,3 Sonderschullehrer-Stellen fehlen: "Wir können nur noch eine sonderpädagogische Förderung wie eine Halbtagschule anbieten."

Lehrerzahl hängt von Schulform ab

Integrativer Unterricht für Jan

"Von diesem Problem sind in NRW zwischen 20 und 30 Schulen betroffen", schätzt Karl-Robert Weigelt, Leiter der Kölner Gesamtschule Holweide, an der nach seinen Angaben ebenfalls 3,6 Sonderpädagogen-Stellen fehlen. Die genaue Zahl der Ganztagschulen, die integrativen Unterricht anbieten, ist nicht bekannt. Das Düsseldorfer Schulministerium erhebt diese Angaben nicht.

Hintergrund der beanstandeten Stellensituation ist ein Erlass des Ministeriums von 2003. Dieser besagt, dass Ganztagschulen ein Stellenzuschlag zusteht - abhängig von der jeweiligen Schulform: Sonderschulen, an denen ausschließlich Behinderte unterrichtet werden, erhalten 30 Prozent mehr Stellen, Regelschulen hingegen bekommen nur 20 Prozent, da die Betreuung nicht behinderter Kinder weniger Aufwand bedeutet. Eine integrative Schule wie die PPS zählt zu den Regelschulen. Aus ihrer Sicht hat sie deshalb zu wenig Lehrer, um ihre behinderten Schüler angemessen zu fördern. "Auf einer Sonderschule hätten unsere Kinder also eine bessere Förderung", sagt Frank Grünig. "Das ist paradox, weil ansonsten immer die Integration von Behinderten postuliert wird."

Ministerin Sommer: Integrativer Unterricht ist gleichberechtigt

Bisher wurde die Stellen-Lücke durch die Bezirksregierung Köln ausgeglichen: Die PPS wurde aufgrund ihres integrativen Unterrichts wie eine Sonderschule behandelt. Im Juni 2004 wies das Ministerium die Bezirksregierung an, den Ganztagszuschlag von 30 auf 20 Prozent zurückzufahren. Ausnahmen könne es nicht geben. Mit Beginn dieses Schuljahres hat die Kölner Bezirksregierung diese Anweisung umgesetzt.



Sommer will Erlass beibehalten

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) betonte zwar in der Schulausschuss-Sitzung des Landtages am 2. November 2005, sie sehe den integrativen Unterricht neben dem Unterricht in den Förderschulen als gleichberechtigt an. Den umstrittenen Erlass der rot-grünen Vorgängerregierung will sie aber beibehalten. "Eine Änderung kann es aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht geben", erklärt ihr Sprecher Andrej Priboschek. "Der Landtag hat uns den Finanzrahmen vorgegeben, den wir einhalten müssen." Einen Widerspruch zum "Landesgesetz zur Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung in Schulen" vom April 1995 sieht er nicht. Darin ist die prinzipielle Gleichrangigkeit des gemeinsamen Unterrichts von behinderten und nicht behinderten Kindern verankert. Laut Priboschek gibt es eine höchstrichterliche Entscheidung, wonach eine sonderpädagogische Förderung in allgemeinen Schulen nur erfolgen könne, wenn die personellen und sachlichen Voraussetzungen erfüllt seien. Die dafür notwendigen Finanzen stünden aber leider nicht zur Verfügung.

Eltern: Prinzip des gemeinsamen Unterrichts wird untergraben

Unterricht an der Peter-Petersen Schule

Frank und Heike Grünig sehen hingegen nicht ein, warum ihr Sohn Jan in einer integrativen Schule schlechter gefördert werden soll als in einer Sonderschule. Für sie wird auf diese Weise das Prinzip des gemeinsamen Unterrichts untergraben. Frank Grünig: "Offenbar sollen Behinderte nur noch an Sonderschulen auftauchen." Als seine gesetzlichen Vertreter haben die Grünigs deshalb im Namen ihres Sohnes am Donnerstag (15.12.05) eine Musterklage eingereicht, der sich Eltern anderer behinderter PPS-Schüler anschließen können. "Wir fordern die unseren Kindern zustehenden

Sonderpädagogen-Stellen ein", sagt Frank Grünig. Der erste Schritt sei ein Eilverfahren gegen die Kölner Bezirksregierung. "Sie ist nach dem Behördenprinzip zuständig und vertritt das Land NRW, das für das Lehrpersonal verantwortlich ist", erklärt der Rechtsanwalt der Grünigs, Christian Birnbaum. "Wir können nicht jahrelang auf den Ausgang des Hauptsacheverfahrens warten", sagt Frank Grünig. "Die Kinder müssen jetzt lernen können, sonst ist es zu spät für sie."

Rechtsprofessor: Legitime Forderung

Für Rechtsprofessor Michael Sachs von der Universität Köln hört sich die Argumentation der Eltern "plausibel" an: "Nach dem allgemeinen Gleichheitssatz des Grundgesetz in Artikel drei, nach dem alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, ist die Forderung legitim, dass alle Behinderten eine gleich gute Förderung erhalten sollen." Fraglich sei aber, ob daraus ein persönlicher Anspruch der Familie vor Gericht zu begründen sei. "Ich halte es nicht für völlig undenkbar, dass die Sache Erfolg hat", so Verfassungsrechtler Sachs.

Mehr zum Thema

- ▶ [Jan Grünig alias Martin Ziegler Hintergrund-Informationen der ARD-Fernsehserie "Lindenstraße"](#)
- ▶ [Ganztagschule - Ausweg aus der Misere? Das tagesschau.de-Dossier](#)
- ☞ [Was ist eine Ganztagschule? Definition der Kultusministerkonferenz \(PDF-Datei\)](#)
- ☞ [Gemeinsamer Unterricht behinderter und nicht behinderter Kinder Informationen des Schulministeriums im Bildungsportal NRW](#)
- ☞ [Integration in der Peter-Petersen-Schule Homepage der städtischen Grundschule in Köln](#)
- ☞ [Down-Syndrom - Was ist das? Angaben des Deutschen Down-Syndrom Infocenter](#)